



Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

15. März 2012

ESM-Vertrag und Target 2

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit allergrößter Sorge verfolgt die europäische Steuerzahlerorganisation Taxpayers Association of Europe (TAE) den Entscheidungsprozess zur Ratifizierung des ESM-Vertrages und die aktuelle Verlagerung von Verpflichtungen der schwachen europäischen Staaten über Target 2 auf die Deutsche Bundesbank und damit auf die deutschen Bürger.

Das Bundeskabinett hat die Ratifizierung des ESM-Vertrages in der vorliegenden Form in die Wege geleitet und wird diesen in Kürze dem Deutschen Bundestag vorlegen. Nach Auffassung der Taxpayers Association of Europe wird damit ein Großteil der Finanzhoheit der europäischen Staaten, somit auch der Bundesrepublik Deutschland, auf ein kleines Gremium von Finanzministern verlagert - den sogenannten Gouverneursrat - der in nicht begrenztem Umfang über die Kapitalausweitung des ESM entscheiden kann – derzeit geplante 700 Milliarden – ohne dafür in irgendeiner Form haftbar, beziehungsweise justiziabel zu sein. Bereits in der Vergangenheit mussten wir feststellen, dass europäische Verträge (Maastricht) nicht das Papier wert sind, auf das sie geschrieben sind. Aus diesem Grund dürfen wir Sie daher auffordern, die Ratifizierung des ESM-Vertrages solange zurückzustellen, bis die Bedenken über Höhe, Ausstattung, Ausstieg des ESM und der Kompetenzen seines Gouverneursrats sowie interne und externe Kontrolle im Detail geregelt sind.

Ansonsten sehen wir das Risiko, dass bei Ratifizierung des ESM-Vertrages in der derzeitigen Form, auch die noch zahlungsfähigen Euroländer (D, N, F, I, Ö) in den Abgrund gerissen werden.

Bei Target 2 hat in den letzten fünf Jahren bereits eine gigantische Verlagerung der Verpflichtungen der schwachen Euroländer zu Lasten der Deutschen Bundesbank

und damit der deutschen Bürger stattgefunden. Aktuell belaufen sich die daraus resultierenden Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der Europäischen Zentralbank auf rund 560 Milliarden Euro, die nach Auffassung der Taxpayers Association of Europe, aber auch zahlreicher Experten, weder von der EZB, noch von ihren Schuldnerstaaten zurückbezahlt werden können und damit zu Lasten der deutschen Bürger gehen.

Rettungspakete für Griechenland, ESM und Target 2 sind zu einem unüberschaubaren Risiko für die Bundesrepublik Deutschland geworden, das inzwischen mehr als drei Jahreshaushalte der Bundesrepublik Deutschland übersteigt.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, verhindern Sie durch einen Stopp, beziehungsweise einer Korrektur des ESM-Vertrages und einem sofortigen Stopp der ungedeckten Kreditvergaben über Target 2, dass Deutschland in den Strudel der Schuldnerstaaten gerissen wird und als Gläubiger der schwachen Länder zum Buhmann Europas mutiert.

Noch besteht die Möglichkeit Unheil von unserem Volk und Europa abzuwenden. Bitte handeln Sie jetzt!

Ihre
Taxpayers Association of Europe



Rolf von Hohenhausen
Präsident (Deutschland)



Benoite Taffin
Vizepräsidentin (Frankreich)